

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden, Rader & Comp., Nr. 1208.

Organ für das werktätige Volk

Verlagsamt: Gebr. Arnold, Dresden und Säch. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Preis: 10 Pfennig. Einzelnummer 10 Pfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Telefon 36 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Telefon 36 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundbreite: die 20 mm breite Reklamzeile 30 Goldpf., die 30 mm breite Reklamzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefverlegung 10 Goldpf.

Nr. 68

Dresden, Sonnabend den 21. März 1925

36. Jahrg.

Der Ruf an die Wähler

Otto Braun für Republik, Frieden und soziale Demokratie

Der sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat Otto Braun, Ministerpräsident a. D., wendet sich an die Wählerinnen und Wähler mit folgender Kundgebung:

Wählerinnen und Wähler!

Über 20 Millionen erwachsener Deutschen haben ein Recht, mich zu hören. Nur zu wenigen könnte ich sprechen. Darum wende ich mich an alle durch das gedruckte Wort.

Für den zweiten Präsidenten der deutschen Republik ist nur ein Programm möglich: Fortsetzung des Werkes, das mein verehrter Freund, Reichspräsident Friedrich Ebert, begonnen hat.

Als Oberhaupt der deutschen Republik war Ebert von anerkannter Unparteilichkeit. Das hat ihn nicht geändert, sich mit den Massen des werktätigen Volkes, denen er entstammte, unauflöslich verbunden zu fühlen und den Ideen treu zu bleiben, für die er seit seines Lebens gekämpft hatte. Er hat die demokratische Republik, die allen, Männern und Frauen, gleiche staatsbürgerliche Rechte verleiht, als die einzige Staatsform erkannt, in der das deutsche Volk noch leben kann. Seine Erkenntnis hat sich gegen alle Anfeindungen durchgesetzt. Aber noch bedarf die Republik an allen Stellen, besonders an ihrer Spitze, des Beweises durch überzeugte Republikaner.

Wir dürfen den Sieg nicht davon gönnen, die gestern noch im Kampf gegen die Republik standen und die heute noch nur widerwillig, nur mit halbem Herzen sich zu ihr bekennen.

Die Republik hat die alten Farben deutscher Freiheit und Einheit, Schwarzrotgold, wieder zu Ehren gebracht. Wir wollen diese Farben als die der Nation wert und heilig halten; wer sie beschimpft, beschimpft die Nation. Die Vergangenheit wollen wir nicht schmäheln. Doch sind wir verpflichtet, aus ihren schweren Fehlern zu lernen.

Unsere Zeit verlangt kein Herrenregiment! Der mündige Staatsbürger hat auch als wirtschaftlich tätiges Glied des Volkes ein Recht auf achtungsvolle Behandlung und menschenwürdigen Lohn. Nach wirtschaftlichen harten Überforderungen ist der Traum der werktätigen Massen, teilzunehmen an allen Kulturwerten der Menschheit, doppelt verständlich und berechtigt. Verständlich und berechtigt ist

Es lebe die Republik!

Berlin, 20. März 1925.

Otto Braun.

Jarres' Bankrottspolitik

Der Sozialdemokratische Pressedienst schreibt:

Der Reichspräsidentenkandidat des Rechtsblocks, Herr Dr. Jarres, hat in seiner Berliner Bankettrede am 18. März den Vorwurf der „Verlatschungspolitik“ als eine persönliche Verleumdung und eine geradezu lächerliche Verdrehung der Tatsachen bezeichnet. Entrüstet beteuerte er:

„Der Gedanke einer Preisgabe der Rheinlande hat zu keinem Zeitpunkt auch nur im entferntesten Bereich meiner politischen Erwägungen gelegen.“

Es ist uns unvorstellbar, wie Herr Dr. Jarres zu einer so hochgehenden Zurückweisung durch den berechtigten Vorwurf sich berechtigen kann. Er zwingt uns nun, dem wahren Präsidentschaftskandidaten Jarres, dem jegliches Gehörnis an die Vorgänge im Herbst 1923 entwandten zu sein, den wilden Verleumdungen Jarres gegenüberzutreten.

Mitte September stand die Reichsregierung mit den Vertretern der besetzten Gebiete in Verhandlungen über den von allen Seiten als notwendig erkannten Abbruch des schmerzlichen Widerstandes mit den sich daraus ergebenden Forderungen für die deutsche Außenpolitik. In einer Führenderklärung in Weiskalen wurde ein von einem Teilnehmer demographisch ausgearbeiteter Brief des Herrn Jarres verlesen, der dessen Unterschrift trägt, und in dem es heißt:

„Ich fürchte, daß es bei den weiteren Verhandlungen ähnlich wie bei den Friedensverhandlungen zu einem schwachen Kompromiß kommen wird. Die Situation würde dann völlig ungeklärt und Deutschland politisch gelähmt. Ein solcher Kompromiß würde das Schicksal sein, was Deutschland treffen könnte. Seine Einigkeit als Staat würde außer Acht gelassen. Diese nationale Befreiungsprobe würde das Reichsgefüge nicht aushalten. Ich fürchte mit Grund, daß die Regierung und andere Landesregierungen nicht mitmachen und sich vom Reich loslösen würden. Aber auch das besetzte Gebiet würde in solcher Kapitulation in geschichtlicher Empfindlichkeit ein Mitschuldigen finden und in die Arme des Feindes

auch der Ruf der durch wahltechnologische Verwicklungen betrogenen Spärrer nach sozialer Gerechtigkeit.

Unsere Zeit verlangt auch kein Spielchen mit verhängnisvollen Ideen aus der Zeit der deutschen Herrschaft. Nicht Rückwärtsbewegung der Verfassung zur alten Bundesmonarchie, sondern Entwicklung zur Einheitsrepublik sei unser Ziel. Nur in strenger nationaler Zusammenfassung können Volk und Wirtschaft wieder gefunden und erstarren.

Die Reinheit des öffentlichen Lebens, an der es unter allen Staatsformen leider viel gefehlt hat, kann nur hergestellt werden durch die Befestigung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und durch jene öffentliche Kontrolle, die das System der Demokratie gewährleistet. Sie wird nicht erreicht durch Verleumdungsfeldzüge, die einige großkapitalistische Konzerne finanzieren, um ihre Alleinherrschaft aufzurichten.

Reinheit des öffentlichen Lebens und echte Demokratie sind mit der Herrschaft großkapitalistischer Konzerne über Staat und Volk nicht vereinbar.

Das alles sind Grundsätze Friedrich Eberts, zu denen auch ich mich bekenne. Auch nach außen bedarf unser Volk, wie der verstorbene Reichspräsident klar erkannte, zu seinem Wiedererlangen des Friedens. Hätte er jenen unheilvollen Zimmungen nachgegeben, die nach dem Ruhmkampfsches Land in vorläufiger Verweisung schon verloren gaben und von seiner späteren Zurückeroberung träumten, dann ginge jetzt Deutschland tödlich verunstaltet einer dunklen Zukunft entgegen.

Erinnert euch, von wem und mit welchen Waffen — von der giftigen Verleumdung bis zum Wort aus dem Hinterhalt — Ebert und seine Mitarbeiter wegen ihrer Friedenspolitik bekämpft wurden! Heute sind diese Kritiker und geschäftigen Gegner genötigt, genau dieselbe Politik zu treiben.

Erkennt, deutsche Wählerinnen und Wähler, wie ihr durch monarchistische und internationalistische Fäulnis betrogen worden seid! Gegen sie rufe ich euch zum Kampf, nicht für meine Person, sondern für die Zukunft unseres arbeitenden und leidenden Volkes, für die großen Ideen, denen Friedrich Ebert schuldigt hat!

getrieben werden. Die Lösung würde eine schwächliche sein und im besten Falle unter harten Bedingungen, deren Konsequenzen sich nicht abschätzen lassen. Diese Lösung würde nicht nur die Ehre unseres Volkes und die deutsche Staatshoheit im Rheinlande über den Verleumdungen Jarres führen wird. Nach der geführten Rede Vincars ist in dieser Beziehung allerdings nicht viel zu hoffen. Nicht der Reichspräsident nach kurzer Zeit, daß der Feind nicht will, oder geht gar der Franzose trotz dieser Verständigungsgeneigten zu weiteren krassen Gewaltmaßnahmen über (s. V. Ausführung der Ordnung über die Besetzung höherer Verwaltungsstellen, weitere Besetzung deutscher Gebiete, Einführung rheinischer Währung usw.). So muß die Reichsregierung sich zu einem endgültigen Klären der Schritte entscheiden. Sie muß gehit auf ihre wiederholte Erklärung, zu Verhandlungen bereit zu sein, unter Hinweis auf ihre noch immer unbeantwortete Memorandum vom Juni d. J., sowie auf die ausföhrliche auch amtlich durch England feierlich erklärte Verletzung des Friedensvertrages durch den französisch-belgischen Einbruch den Feind meiner Meinung nach in ultimativer Form auffordern, aus dem Einbruchgebiet und Sanktionsgebiet abzuziehen und im Rheinlande die durch den Friedensvertrag gewährleisteten verfassungsmäßigen Zustände wiederherzustellen, d. h. seinerseits den Friedensvertrag zu erfüllen; andernfalls werde Deutschland zu seinem Behauern genötigt sein, den Friedensvertrag Frankreich und Belgien gegenüber für aufgelöst zu erklären.

Der dann eingetretene Kriegszustand wird vernünftig (!) nur formeller Natur sein, und bei unserer Verantwortlichkeit akute Formen nicht annehmen. Weitere voraussichtliche (!) in weiterer Besetzung deutscher Gebiete bestehen, die wir auch in Kauf nehmen müßten, und die zweifellos den europäischen Konflikt beschleunigen würden, ohne dessen Hilfe meines Erachtens endgültig eine Befreiung des Rheinlandes nicht denkbar ist. Eine solche Lösung würde ja das offizierete Gebiet

zunächst von uns trennen.

Diese Trennung würde jedoch die unbedingt notwendige Marschrichtung schaffen; sie würde vom besetzten wie vom unbesetzten Gebiete als ausgeprägter Gewaltakt aufgenom-

men und getragen werden; die Einheit des Reiches im unbesetzten Gebiet würde ermöglicht, ja meines Erachtens unter dem Druck des Auslandes gefestigt werden, und das Band zwischen besetztem und unbesetztem Gebiete würde nur äußerlich zerrissen, innerlich aber gefestigt sein. Und der weiteren Zukunft, die sich für Deutschland entwickeln muß, können wir mit weit größerem Vertrauen entgegensehen. Ein Abschnitt des großen Kampfes würde nicht mit Erfolg, aber mit Ehre beendet sein, und die Kräfte für den weiter notwendigen Kampf würden gesammelt und geeint. Werfen Sie mir bitte nicht vor, diese Lösung dränge auf den Revanchekrieg und sei Utopie. Nein, sie ist die einzig folgerichtige und frei von Selbsttäuschung und Nebel.

Die „Lösung“ des Herrn Dr. Jarres war also ganz klar: „Zunächst brutal erscheinende Abschneidung der Rheinlande — Kriegszustand — weitere Besetzung deutscher Gebiete — Fortsetzung des Kampfes.“ Den Vorwurf des „Revanchekrieges“ nimmt Herr Dr. Jarres selbstentwärtig hin. In der Tat: da Frankreich schwerlich die von uns „abgeschneideten“ Landesteile freiwillig zurückgeben würde, blieb ja kein anderer Weg als der Revanchekrieg, wenn man nicht für dauernd auf das Rheinland verzichten wollte, und das wollte Dr. Jarres keineswegs.

Eine augenblickliche Entgleisung, ein Gefühlsausbruch waren diese Verweilungspläne des jetzigen Präsidentschaftskandidaten keineswegs. Er glühte für sie, er ward für sie, er kämpfte für sie.

Am 24. September 1923 waren in der Reichskanzlei hunderte Vertreter der besetzten Gebiete mit der Reichsregierung versammelt. Tagesordnung: Abbruch des passiven Widerstandes. Reichskanzler Stresemann wandte sich mit deutscher Spitze gegen „legalen“ Separatismus und gegen die Phantasien seines Parteigenossen Jarres. Begeisterte Zustimmung nahezu der ganzen Versammlung. Jarres aber, der unentwegte Verleumdungspolitiker, trat Stresemann entgegen. Hatte er in jenen Briefe keine „vorläufige“ Preisgabe der Rheinlande noch an gewisse Voraussetzungen geknüpft, so verlangte er nunmehr den klaren und unzweideutigen Schnitt zwischen dem Reich und dem Rheinlande sofort!

Das ist der Verleumdungspolitiker und der kopflose Katastrophentreiber in Wahrheit, und diese seine Rede wird von hundertem Hörern bezeugt. Es ist der vollendete politische Bankrott des Rechtsblocks, daß er diesen außenpolitischen Phantasten, dessen persönliche Lauterkeit niemand bezweifelt, auf den höchsten Posten des Reiches erheben will. Noch heute erzählt Herr Dr. Jarres in vertrautem Kreise, daß seine „Lösung“ damals die richtige gewesen wäre.

In seiner Bankettrede behauptet Herr Jarres jedoch: „Der Gedanke einer Preisgabe der Rheinlande hat zu keinem Zeitpunkt auch nur im entferntesten Bereich meiner politischen Erwägungen gelegen.“

Da hört die Diskussionsmöglichkeit auf, und das psychologische Mittelstadium beginnt. Die Erforschung des Seelenzustandes dieses Herrn Präsidentschaftskandidaten aber ist nicht unsere Aufgabe. Wir überlassen sie denen, die für ihn verantwortlich zeichnen.

Es kann nach den von uns veröffentlichten Dokumenten, deren Echtheit sich beweisen läßt, keinen Menschen mit politischer Vernunft in Deutschland geben, der eine Präsidentschaft Jarres noch für möglich hält.

Der unmögliche Kandidat

Berlin, 21. März. (Sig. Rundschau.) Das Berliner Zentrumorgan, die Germania, schreibt zu Jarres' Verleumdungspolitik: „Man stelle sich einmal einen Augenblick vor, es wäre im Jahre 1923 nach dem Begehrte des Herrn Jarres verfahren worden! Wie läge es dann heute in Deutschland aus? Diese Frage stellen, heißt gleichzeitig die Frage nach dem politischen Augenmaße des Herrn Präsidentschaftskandidaten Jarres beantworten. Wie aber fragen wir angelehnt der vom Sozialdemokratischen Pressedienst veröffentlichten Dokumente, kommt Herr Jarres zu der Behauptung in seiner Berliner Rede: „Der Gedanke einer Preisgabe der Rheinlande hat zu keinem Zeitpunkt auch nur im entferntesten Bereich meiner politischen Erwägungen gelegen.“

Das Berliner Tagesblatt schreibt: „Es besteht jetzt wohl kaum noch ein Zweifel an der vollkommenen Unmöglichkeit einer Kandidatur Jarres, durch die sich der Rechtsblock lächerlich macht. Abgesehen aber bleibt die Tatsache, wie der Außenminister Stresemann die Kandidatur eines berattigen Mannes für außenpolitisch tragbar ansehen kann, nachdem derselbe Stresemann gegen die Kandidatur des Reichswehrministers Dr. Götter außenpolitische Bedenken zu erheben sich nicht scheut hat.“

Lord Curzon gestorben

Der englische Außenminister Lord Curzon ist verstorben. Er war der stärkste konservative Kopf des englischen Imperialismus. Als Außenminister hat er jahrelang eine unheimliche Rolle gespielt und die britische Außenpolitik rücksichtslos vertreten. Er war auch einmal Vizekönig von Indien. Die Konservativen verlieren in ihm ihren fähigsten Außenpolitiker.